

Demo-Bus: Gemeinsame Fahrt von Köln nach Berlin und zurück

Hinfahrt:

8. Oktober, Abfahrt 4:00 Uhr morgens, Köln,
Hans-Böckler-Platz

Rückfahrt:

8. Oktober, 16:00 Uhr, Abfahrt Berlin, Brandenburger Tor,
Ankunft in Köln: 23:59 Uhr

Fahrkarten:

39,00 Euro / ermäßigt: 20,00 Euro / Soli-Preis: 45,00 Euro

Info-Telefon: 0176-64125824

Anmeldung für die Busfahrt: friedensbus@yahoo.com

Weitere Unterstützer

Arbeitskreis Zivilklausel Universität Köln
AStA Universität Hamburg
Coordination gegen BAYER-Gefahren e. V.
Demokratisches Gesellschaftszentrum der
KurdInnen in Deutschland e. V., NAV-DEM
DGB Berlin, Kreisverband Ost
DFG-VK Köln
DIDF Föderation demokratischer Arbeitervereine
DIE LINKE Kreisverband Köln
DieLinke.SDS Studierendenverband
Friedensforum Köln
Friedensinitiative Köln-Sülz/Klettenberg
Internationale Koordination zur Ächtung von Uran-
waffen ICBUW Deutschland
Internationale Liga für Menschenrechte e. V. (ILMR)
Netzwerk Gewerkschaft gegen Krieg
Sozialistisches Forum Rheinland (SoFoR)
Stopp Ramstein Kampagne
ver.di Ortsverein Neumünster
... und viele mehr

Erstunterstützer

Aachener Friedenspreis
ATTAC Deutschland
Berliner Friedenskoordination, Gruppen
Bundesausschuss Friedensratschlag
Deutscher Freidenker Verband
Deutscher Friedensrat e.V.
DFG-VK Hamburg
DFG-VK Landesverband Hamburg-Schleswig-Holstein
DFG-VK Landesverband Ost
Die Linke Parteivorstand
DKP Deutsche Kommunistische Partei
Flüchtlingsrat Niedersachsen
Frauennetzwerk Frieden e.V.
Friedens- und Zukunftswerkstatt Frankfurt/Main
Friedenskreis Wanfried (Netzwerk)
GBM Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrechte und
Menschenwürde e. V.
Grüne Friedensinitiative bundesweit
IALANA
Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR)
- Bund der Antifaschisten
Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit,
deutsche Sektion, IFFF-WILPF
IPPNW Internationale Ärzte für die Verhinderung
des Atomkriegs, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.
Kooperation für den Frieden bundesweit
linksjugend solid
NaturFreunde Deutschlands
Naturwissenschaftlerinitiative für Frieden und Zukunfts-
fähigkeit
Netzwerk Friedenssteuer e.V.
Ostermarsch Rhein Ruhr
Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden, PPF
Piratenpartei Berlin
SDAJ Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
VVN Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes -
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten
Zusammenarbeitsausschuss der Friedensbewegung
Schleswig-Holstein

DIE WAFFEN NIEDER!

**Kooperation
statt NATO-Konfrontation
Abrüstung statt Sozialabbau**



**Gemeinsame Busfahrt
von Köln nach Berlin und zurück
Infos im Flyer**

*Bundesausschuss Friedensratschlag
Kooperation für den Frieden
Friedenskoordination Berlin*

www.friedensdemo.org

DIE WAFFEN NIEDER!

Kooperation statt NATO-Konfrontation Abrüstung statt Sozialabbau

Die aktuellen Kriege und die militärische Konfrontation gegen Russland treiben uns auf die Straße. Deutschland befindet sich im Krieg fast überall auf der Welt. Die Bundesregierung betreibt eine Politik der drastischen Aufrüstung. Deutsche Konzerne exportieren Waffen in alle Welt. Das Geschäft mit dem Tod blüht.

Dieser Politik leisten wir Widerstand. Die Menschen in unserem Land wollen keine Kriege und Aufrüstung – sie wollen Frieden. Die Politik muss dem Rechnung tragen.

Wir akzeptieren nicht, dass Krieg immer alltäglicher wird und Deutschland einen wachsenden Beitrag dazu leistet: in Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, Jemen, Mali. Der Krieg in der Ukraine ist nicht gestoppt. Immer geht es letztlich um Macht, Märkte und Rohstoffe. Stets sind die USA, NATO-Mitgliedstaaten und deren Verbündete beteiligt, fast immer auch direkt oder indirekt die Bundesrepublik.

Krieg ist Terror. Er bringt millionenfachen Tod, Verwüstung und Chaos. Millionen von Menschen müssen fliehen. Geflüchtete brauchen unsere Unterstützung und Schutz vor rassistischen und nationalistischen Übergriffen. Wir verteidigen das Menschenrecht auf

Asyl. Damit Menschen nicht fliehen müssen, fordern wir von der Bundesregierung, jegliche militärische Einmischung in Krisengebiete einzustellen. Die Bundesregierung muss an politischen Lösungen mitwirken, zivile Konfliktbearbeitung fördern und wirtschaftliche Hilfe für den Wiederaufbau der zerstörten Länder leisten.

Die Menschen brauchen weltweit Gerechtigkeit. Deshalb lehnen wir neoliberale Freihandelszonen wie TTIP, CETA, ökologischen Raubbau und die Vernichtung von Lebensgrundlagen ab.

Deutsche Waffenlieferungen heizen die Konflikte an. Weltweit werden täglich 4,66 Milliarden Dollar für Rüstung verpulvert. Die Bundesregierung strebt an, in den kommenden acht Jahren ihre jährlichen Rüstungsausgaben von 35 auf 60 Milliarden Euro zu erhöhen. Statt die Bundeswehr für weltweite Einsätze aufzurüsten, fordern wir, unsere Steuergelder für soziale Aufgaben einzusetzen.

Das Verhältnis von Deutschland und Russland war seit 1990 noch nie so schlecht wie heute. Die NATO hat ihr altes Feindbild wiederbelebt, schiebt ihren politischen Einfluss und ihren Militärapparat durch Stationierung schneller Eingreiftruppen, Militärmanöver, dem sogenannten Raketenabwehrschirm – begleitet von verbaler Aufrüstung – an die Grenzen Russlands vor. Das ist ein Bruch der Zusagen zur deutschen Einigung. Russland antwortet mit politischen und militärischen Maßnahmen. Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden. Nicht zuletzt steigert die Modernisierung

genannte Aufrüstung der US-Atomwaffen die Gefahr einer militärischen Konfrontation bis hin zu einem Atomkrieg. Sicherheit in Europa gibt es nur **MIT** und nicht **GEGEN** Russland.

Wir verlangen von der Bundesregierung den Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen, die drastische Reduzierung des Rüstungsetats, den Stopp der Rüstungsexporte und die Ächtung von Kampfdrohnen, keine Beteiligung an NATO-Manövern und Truppenstationierungen entlang der Westgrenze Russlands. Wir sagen Nein zu Atomwaffen, Krieg und Militärinterventionen. Wir fordern ein Ende der Militarisierung der EU. Wir wollen Dialog, weltweite Abrüstung, friedliche zivile Konfliktlösungen und ein auf Ausgleich basierendes System gemeinsamer Sicherheit.

**Für diese Friedenspolitik
setzen wir uns ein.**

**Wir rufen auf zur bundesweiten
Demonstration
am 8. Oktober 2016 in Berlin.**

Dortmund, den 02.07.2016